

## **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): Verhandlungen entschlossen vorantreiben**

Beschluss des Ausschusses Volkswirtschaftliche Fragen vom 9. Oktober 2014

Die seit Juni 2013 stattfindenden Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sind ausdrücklich zu begrüßen. Sie verfolgen das richtige Ziel, die weltweit größten Wirtschaftsräume, die zusammen für rd. 40 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts stehen, wirtschaftlich noch stärker miteinander zu verknüpfen.

Neben dem Abbau von Zöllen sollen vor allem auch den Wirtschaftsaustausch besonders belastende nicht-tarifäre Handelshemmnisse (z. B. unterschiedliche Produktstandards und Zulassungsverfahren) beseitigt werden. Zielführend ist, dass das Abkommen mit den im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) bestehenden Regeln und Pflichten vereinbar sein soll und zugleich beispielsweise durch die Aufnahme eines gesonderten Kapitels zu kleinen und mittleren Unternehmen darüber hinausgehen soll. Ein ambitioniertes Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union könnte Vorbildcharakter für weitere Abkommen zum Abbau von Handelshemmnissen haben und so die politische Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung vorantreiben sowie den erlahmten WTO-Verhandlungen neue Impulse geben.

Für einen erfolgreichen Abschluss von TTIP sind folgende Punkte besonders wichtig:

- Bestehende Zölle zwischen den USA und der EU sollten vollständig abgeschafft werden, um den Handel zu erleichtern und Kosten zu senken. Zwar befinden sich die Zölle schon heute auf einem niedrigen Niveau, die für Industriegüter durchschnittlich rd. 3 % und für Agrarprodukte durchschnittlich rd. 8 % betragen. Angesichts des erheblichen Handelsvolumens zwischen der EU und den USA sind die durch Zölle verursachten Kosten in absoluten Zahlen jedoch erheblich. Nicht nur Unternehmen, sondern gerade auch die Verbraucher würden von einem möglichst umfangreichen Abbau der bestehenden Zölle profitieren – insbesondere durch sinkende Endverbraucherpreise.
- Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sollten möglichst umfassend abgebaut werden. Zielführend ist die gegenseitige Anerkennung von (technischen) Standards allerdings allein in den wirtschaftlichen Bereichen, in denen tatsächlich vergleichbare Standards bestehen. Eine Senkung von EU-Standards ist dagegen nicht akzeptabel. Zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse gehört auch, europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen in den USA zu ermöglichen.

- Ziel sollte sein, künftig Standards, Normen und Zertifizierungen für Produkte in enger Zusammenarbeit gemeinsam zu entwickeln. Derzeit müssen Hersteller, die ihre Produkte auf beiden Seiten des Atlantiks verkaufen wollen, für die Genehmigung ihrer Erzeugnisse oft doppelt zahlen und unterschiedliche Zulassungsverfahren einhalten, auch wenn Sicherheits- und Produktstandards vergleichbar hoch sind. Derartige Doppelzulassungen und -prüfungen verursachen für Produzenten und damit letztlich auch für Konsumenten unnötige Kosten:
  - Automobilindustrie: Unterschiedliche Regelungen für die Zulassung von Kraftfahrzeugen verursachen bei der Anpassung an den jeweiligen Markt erhebliche Mehrkosten. So ist z. B. die in der EU vorgeschriebene Nebelschlussleuchte in den USA keine Pflicht und die Seitenspiegel müssen – anders als in der EU – nicht einklappbar sein.
  - Chemieindustrie: Es entstehen Kosten durch unterschiedliche Meldepflichten, Grenzwerte und Zulassungsverfahren.
  - Bierbrauerei: Beim Export sieht sich z. B. eine mittelständische bayrische Bierbrauerei zeit- und kostenintensiven Zulassungs- und Importvorschriften gegenüber.
  
- Das Abkommen muss für Investoren und die beteiligten Staaten Rechtssicherheit bieten: Dabei kommt es darauf an, Investitionsschutz zu gewährleisten, ohne die legitime Ausübung staatlicher Souveränität zu beeinträchtigen. Für Investoren ist die Sicherheit von Investitionen von zentraler Bedeutung. Die Tatsache, dass sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Rechtsstaaten sind, entbindet nicht von der Notwendigkeit, Investitionen rechtlich zu sichern. Denn auch in einem Rechtsstaat können ausländische Investitionen ohne entsprechende Vorkehrungen deutlich entwertet werden. Investitionsschutz soll u. a. Schutz vor Diskriminierung, kompensationsloser Enteignung sowie unbilliger und ungerechter Behandlung sicherstellen.
  - Mit TTIP sollte die Chance zur Etablierung eines weltweit gültigen Standards beim Investorenschutz und den damit verbundenen Investor-Staat-Schlichtungsverfahren genutzt werden, der sich durch hohe Transparenz, Schutz der Staaten vor unseriösen Klagen und der Einführung eines Berufungsmechanismus auszeichnet.
  - Darüber hinaus ist es sinnvoll, zur Vermeidung einer missbräuchlichen Nutzung des Schiedsgerichtsverfahrens u. a. den Grundsatz der regulatorischen Autonomie in dem Abkommen zu verankern, der klarstellt, dass eine Gesetzesänderung bzw. -verschärfung (beispielsweise im Bereich Umwelt, Gesundheits- und Verbraucherschutz) nicht automatisch als „enteignungsgleicher Eingriff“ auszulegen ist.
  - Zudem sollte TTIP genutzt werden, um das hohe Schutzniveau geistigen Eigentums in den USA und in der EU international zu etablieren.

Entgegen manchen Mutmaßungen werden Arbeitnehmerrechte durch TTIP nicht ausgehebelt. Denn bereits im TTIP-Verhandlungsmandat der EU ist ein konstruktiver Ansatz mit Bezug auf die „Erklärung über grundlegende Rechte und Pflichten bei der Arbeit“ der Internationalen Arbeitsorganisation ILO aus dem Jahr 1998 angelegt, zu der sich auch die USA bekennen. Dadurch haben sich auch die Vereinigten Staaten u. a. dazu verpflichtet, zentrale Arbeitnehmerrechte zu respektieren, zu fördern und umzusetzen.

## **TTIP kann Wachstum und Wohlfahrt fördern**

Ein erfolgreich verhandeltes Freihandelsabkommen würde auf beiden Seiten des Atlantiks zu erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen führen. Vor allem die Angleichung der Standards würden Kosten sparen und Doppelprüfungen vermeiden. TTIP kann die Vorteile eines größeren Marktes erweitern („Skaleneffekt“) und zu einem einfacheren und besseren Austausch von neuen Ideen, Fähigkeiten und unternehmensspezifischen Kenntnissen führen.

Ein umfassender Abbau von Handelshemmnissen käme vor allem auch kleinen und mittelständischen Unternehmen zugute, denn vor allem sie können sich häufig den bürokratischen Aufwand und die administrativen Kosten, die durch unterschiedliche Regulierungen und Standards entstehen, nicht leisten. Derartige Kosten stellen gerade für den Mittelstand gravierende Markteintrittsbarrieren dar.

Zwar lassen sich die positiven Auswirkungen von TTIP in ihrer Quantität nur theoretisch abschätzen, da das Abkommen noch nicht ausgehandelt ist. Prognosen zur längerfristigen Wirkung eines ambitionierten TTIP, wonach das Niveau des BIP in der EU dauerhaft um bis zu rund 120 Mrd. € höher liegen könnte als ohne TTIP (in den USA um bis zu rund 95 Mrd. €), belegen aber die erheblichen Chancen eines derartigen Abkommens (Quelle: Centre for Economic Policy Research (CEPR), März 2013). Für die EU wird zudem mittelfristig mit bis zu fast 400.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet – allein für Deutschland wird ein Zuwachs von bis zu fast 110.000 Arbeitsplätzen erwartet (Quelle: ifo Studie im Auftrag vom BMWi, Januar 2013). Die Verbraucher würden durch niedrigere Preise und eine höhere Produktauswahl profitieren. Prognosen zufolge könnte das verfügbare Einkommen eines durchschnittlichen Vierpersonenhaushalts in der EU aufgrund von Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Preissenkungen um schätzungsweise rd. 500 € höher ausfallen als ohne TTIP (Quelle: Centre for Economic Policy Research (CEPR), März 2013).

Die im Herbst 2014 anstehende Ernennung der neuen EU-Kommission und die US-Kongresswahlen im November 2014 müssen Startschuss für mehr Tempo zu ergebnisorientierten Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union sein. Die Chance für einen erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen bis Ende 2015 sollte nicht verpasst werden. Denn TTIP kann nicht nur den transatlantischen Handel, sondern auch den weltweiten Handel voranbringen.